



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 215 -

Kiel, 11. Juni 2009  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
Fax (0431) 988 1156

## **K u r z b e r i c h t**

*über die*

### **104. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses**

*am Mittwoch, dem 10. Juni 2009,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss bat das Innenministerium, in seiner nächsten Sitzung über die Ausschreitungen am Rande der Schülerdemonstration in Kiel am 9. Juni 2009 mündlich zu berichten.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein **Justizdolmetschergesetz**, Drucksache 16/2052, ab. Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnte er den von der FDP vorgelegten Änderungsantrag, Umdruck 16/3524, ab. Den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Änderungsantrag, Umdruck 16/3745, lehnte er mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion der FDP ab. Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD, Umdruck 16/4339, wurde in zwei Teilstimmungen mehrheitlich angenommen. In der Endabstimmung empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Justizdolmetschergesetz, Drucksache 16/2052, in der durch den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD geänderten Fassung anzunehmen.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP, **Gerichte und Staatsanwaltschaften** in Schleswig-Holstein, Drucksache 16/2390, nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis. Das Justizministerium wurde um eine schriftliche Stellungnahme zu den in der schriftlichen Anhörung genannten Kritikpunkten gebeten. Der Ausschuss nahm in Aussicht, sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit dem Thema Täter-Opfer-Ausgleich zu befassen und hierzu auch einen Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich

einzeladen.

Außerdem schloss der Ausschuss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Justizschriftgutaufbewahrungsgesetz**, Drucksache 16/2522, ab. Einstimmig empfahl er dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Der Ausschuss nahm noch einmal seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur **Änderung des Landeswahlgesetzes**, Drucksache 16/2152, auf und bestätigte mehrheitlich seine Empfehlung an den Landtag, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Der Ausschuss führte ein ausführliches Gespräch mit einem Vertreter von Google Germany und dem ULD zum Thema „**Google Street View**“. In diesem Zusammenhang sprach er die Bitte an die Landesregierung nach einer umfassenden rechtlichen Prüfung der Zulässigkeit des Handelns von Google in Schleswig-Holstein aus und bat den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages um eine Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Übermittlung der von Google erhobenen Rohdaten ohne weitere Bearbeitung in die USA. Außerdem nahm er in Aussicht, nach Vorlage der angekündigten Vereinbarung zwischen dem Landesdatenschutzbeauftragten aus Hamburg und Google Germany, sich in seiner Sitzung am 1. Juli 2009 erneut mit dem Thema zu befassen.

Schluss: 16:00 Uhr

gez. Dörte Schönfelder